Interpellation Roger Stalder betreffend «Sperrung der Binningerstrasse – raschere Wiederöffnung und bessere kantonsübergreifende Koordination bei Baustellen»

Seit dem 7. Juli 2026 ist die Binningerstrasse zwischen dem Margarethenstich und dem Erdbeergraben aufgrund der Bauarbeiten am Zoo-Parking sowie an den SBB-Brücken über dem Birsig für den motorisierten Individualverkehr stadteinwärts gesperrt. Die Einbahnregelung soll gemäss ursprünglicher Planung rund ein Jahr dauern.

Die Binningerstrasse ist eine wichtige Verkehrsverbindung zwischen dem Leimental und Basel. Die Sperrung hat deshalb erhebliche Auswirkungen, die weit über die Kantonsgrenze hinausreichen. Insbesondere während der morgendlichen Hauptverkehrszeiten kommt es auf den Ausweichrouten zu langen Rückstaus und entsprechenden Behinderungen für die Bevölkerung, das Gewerbe sowie die zahlreichen Pendlerinnen und Pendler.

Die Situation hat in den betroffenen Baselbieter Gemeinden zu deutlicher Kritik geführt. Am 22. Oktober 2026 wurde eine von Gemeinde- und Landratsmitgliedern aus dem Leimental überparteilich lancierte Petition «Binningerstrasse öffnen» beim Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft eingereicht.

Inzwischen zeichnet sich eine mögliche Lösung ab. Nach Angaben aus dem Kanton Basel-Landschaft ist die Baugrube beim Zoo-Parking seit Mitte September wieder aufgefüllt. Die beiden kantonalen Tiefbauämter haben deshalb am 28. September 2026 angeregt, gemeinsam mit der Bauleitung zu prüfen, ob durch den Rückbau der bestehenden Spundwände und den Einsatz einer schmaleren Baustellenabschrankung genügend Fahrbahnbreite für eine Wiederöffnung in beide Richtungen geschaffen werden könnte. Offenbar könnten bereits zusätzliche 20 bis 30 Zentimeter ausreichen, um auch den Begegnungsverkehr von Lastwagen zu ermöglichen. Zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit, insbesondere für Velofahrende, stehen zudem eine Temporeduktion auf 30 km/h sowie weitere flankierende Massnahmen zur Diskussion.

Unabhängig von der konkreten Verkehrsführung wirft die Sperrung grundsätzliche Fragen zur kantonsübergreifenden Zusammenarbeit auf. Verkehr kennt keine Kantonsgrenzen. Werden wichtige Verkehrsachsen gesperrt oder erheblich eingeschränkt, sind regelmässig auch die Nachbarkantone und deren Gemeinden betroffen. Umso wichtiger wäre es, diese frühzeitig in die Planung einzubeziehen, gemeinsam nach Lösungen zu suchen und die Auswirkungen auf das gesamte Verkehrsnetz zu berücksichtigen.

Im vorliegenden Fall entstand jedoch der Eindruck, dass der Kanton Basel-Landschaft und die betroffenen Gemeinden erst sehr spät über die geplante Sperrung informiert und vor weitgehend vollendete Tatsachen gestellt wurden. Eine frühzeitige und partnerschaftliche Abstimmung hätte möglicherweise dazu beigetragen, alternative Verkehrsführungen bereits vor Beginn der Bauarbeiten zu prüfen und die negativen Auswirkungen zu reduzieren.

Vor diesem Hintergrund bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. **Stand der Abklärungen:** Wie ist der aktuelle Stand der Abklärungen zur vorzeitigen Wiederöffnung der Binningerstrasse in beide Fahrtrichtungen? Welche konkreten baulichen oder verkehrssicherheitstechnischen Hindernisse bestehen derzeit noch?
2. **Vorzeitige Wiederöffnung:** Ist der Regierungsrat bereit, sämtliche technisch und sicherheitsmässig vertretbaren Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Binningerstrasse deutlich vor dem ursprünglich vorgesehenen Termin wieder in beide Fahrtrichtungen zu öffnen? Bis wann ist mit einem entsprechenden Entscheid zu rechnen?
3. **Künftige Zusammenarbeit:** Welche Lehren zieht der Regierungsrat aus der bisherigen Planung und Umsetzung dieser Verkehrseinschränkung? Ist er bereit, bei künftigen grösseren Baustellen und Verkehrsmassnahmen mit kantonsübergreifenden Auswirkungen eine frühzeitige, verbindliche und partnerschaftliche Koordination mit den Nachbarkantonen und den betroffenen Gemeinden sicherzustellen?
4. **Verbindliche Verfahren:** Sieht der Regierungsrat Möglichkeiten, die interkantonale Zusammenarbeit bei solchen Bauvorhaben durch klar definierte Informations-, Anhörungs- und Mitwirkungsverfahren zu verbessern, damit betroffene Nachbarkantone und Gemeinden künftig nicht erst kurz vor der Umsetzung mit weitreichenden Verkehrseinschränkungen konfrontiert werden?

Roger Stalder